



**University of
Zurich^{UZH}**

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2012

**Natürlich ist die Zentralregierung beunruhigt : Warum der arabische
Frühling nicht auf China übergreift (Interview von Alice Kohli mit Simona
Alba Grano)**

Kohli, Alice ; Grano, Simona Alba

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-75022>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Kohli, Alice; Grano, Simona Alba. Natürlich ist die Zentralregierung beunruhigt : Warum der arabische Frühling nicht auf China übergreift (Interview von Alice Kohli mit Simona Alba Grano). In: NZZ, 16 February 2012, online.

«Natürlich ist die Zentralregierung beunruhigt»

Warum der arabische Frühling nicht auf China übergreift

International 16. Februar 2012, 09:09



Anwohner der nordostchinesischen Hafenstadt Dalian protestieren gegen die Chemiefabrik Fujia, die hochgiftiges Paraxylol herstellt (14. August 2011). (Bild: Reuters)

Die Berichte über Aufstände in China häufen sich: Arbeiter protestieren gegen schlechte Arbeitsbedingungen, Anwohner gehen gegen lokale Umweltsünder auf die Strasse. Eine gewaltsame Revolution gegen die kommunistische Partei ist dennoch nicht abzusehen.

Interview: Alice Kohli

Ein Jahr ist vergangen, seit in Libyen der Aufstand begonnen hat. Damals ging auch in China die Angst vor einer ähnlichen Bewegung um. Das Regime verstärkte im ganzen Land die Sicherheitsvorkehrungen, auch auf dem Tiananmen-Platz in Peking wurden zusätzliche Wachen postiert. Doch eine überregionale Protestwelle hat sich im Reich der Mitte nie gebildet.

Trotzdem scheint die chinesische Zivilgesellschaft zu erstarken. Lokale Streikbewegungen sind besser organisiert und werden immer konfrontativer. In den Medien häufen sich die Meldungen von Protesten gegen Umweltverschmutzung, Berichte über Arbeitsniederlegungen von Fabrikarbeitern und Nachrichten von Demonstrationen gegen Landenteignungen.

Bekannt wurde der Protest gegen das Chemiewerk Fujia im nordostchinesischen Dalian im August 2011. Damals veranlassten laut Medienberichten die lokalen Behörden die Schliessung eines Chemiewerks, nachdem Anwohner sich gegen den Betrieb aufgelehnt hatten. Das Werk sollte an einer sicheren Lage wieder aufgebaut werden. NZZ Online hat die Zürcher Sinologin Simona Grano nach den Hintergründen der chinesischen Bürgerrechtsbewegung gefragt.

NZZ Online: Das Chemiewerk in Dalian wurde nach Protesten von Anwohnern geschlossen. Bedeutet das, dass die chinesische Zentralregierung an Einfluss verliert?

Simona Grano: Die angebliche Schliessung des Chemiewerks wurde in den Medien als grosser Erfolg gefeiert. Nur – wäre man einen Monat später vorbeigegangen, wie das einige NGOs taten, hätte man bemerkt, dass die Fabrik noch immer in Betrieb ist. Angestellte gaben an, es gäbe keinen Antrag für einen Standortwechsel.

Die vermeintliche Schliessung war also eine Farce?

Es ist momentan unmöglich, Informationen über die Fabrik zu bekommen. Umweltaktivisten sagen, das Unternehmen produziere noch immer in Dalian. Man muss auch bedenken, dass ein Umzug der Fabrik enorme Kosten nach sich ziehen würde. Ausserdem ist das Chemiewerk in Dalian Chinas grösster Produzent von Paraxylol und für die Region ein ungemein wichtiger Steuerzahler.

War der Protest nutzlos?

Nun, die Zentralregierung verfolgt andere Ziele als die lokalen Behörden. Während die Zentralregierung und mit ihr die staatlich kontrollierten Medien in erster Linie Stabilität gewährleisten müssen, wird eine Provinz und damit die Lokalregierung nach ihrer wirtschaftlichen Leistung bewertet. Mit dem Ausgang in Dalian kann also sowohl die zentrale als auch die lokale Regierung zufrieden sein.

Das Signal, dass durch die vermeintliche Schliessung des Chemiewerks ausgesandt wurde, kann kaum zur Stabilität beigetragen haben. Wurden damit nicht Begehrlichkeiten in der chinesischen Bevölkerung geweckt?

Das kann man nicht generalisieren. Erstens haben in China nicht alle Menschen Zugang zu Medien. Und zweitens sind Proteste auch von den spezifischen Problemen einer Region abhängig sowie von der Bevölkerung, die davon tangiert wird. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass beispielsweise Wanderarbeiter auf die Strasse gehen – sie müssen vor allem ihr Überleben sichern.



(PD)

Simona Grano

Simona Grano studierte in Venedig Sinologie und doktorierte 2008 über das Justizwesen und die Einführung des Eigentumsrechts in China. Seither bewegen sich ihre Forschungsschwerpunkte in den Bereichen zeitgenössische chinesische Gesellschaft, Recht und Umweltfragen. Insbesondere beschäftigt sie sich mit sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen. Seit 2009 arbeitet Simona Grano am ostasiatischen Seminar der Universität Zürich.

Sie haben die Arbeit von NGOs erwähnt. Welche Rolle spielen Nichtregierungsorganisationen in den Bürgerrechtsbewegungen?

Sie tragen zu einer gewissen Vernetzung bei, obwohl die Zentralregierung die Arbeit der NGOs auf verschiedene Arten behindert. So darf eine NGO keine Zweigstellen eröffnen und ist deshalb oft nur lokal tätig. Ausserdem braucht es in China für die Gründung einer NGO ein Startkapital und einen Sponsor, was viele Bürgerrechtsbewegungen nicht aufbringen können. Fast mächtiger sind in China sogenannte Gongos, also Government Organised Non-Governmental Organisations. Für uns ist das selbstverständlich ein Oxymoron. Aber viele Gongos wurden von Journalisten gegründet, von Menschen, die gut vernetzt sind. Solche Gongos können mitunter mehr bewirken als klassische NGOs. Die Anbindung an den Staat verleiht ihnen paradoxerweise auch mehr Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung.

Auch wer nicht in einer NGO organisiert ist, kann seinen Unmut neuerdings per Social Media kundtun. Wie bewerten Sie den Einfluss solcher Plattformen wie beispielsweise der chinesischen Version von Twitter, Weibo?

Durchaus positiv. Weibo ist unter anderem der Grund, dass China vor kurzem strengere Grenzwerte gegen die Luftverschmutzung festgelegt hat. Die offiziellen Messungen der Regierung waren seit jeher unzuverlässig. Selbst als der Peking Flughafen wegen starkem Smog für neun Stunden stillgelegt wurde, sprach die Regierung lediglich von einer leichten Luftverschmutzung. Das ärgerte die Menschen. Manche installierten eigene Messstationen und publizierten die Messwerte per Weibo. Das zwang die Regierung schliesslich in die Knie.

Wieso greift die staatliche Zensur bei Weibo nicht?

Es ist einfacher, einen Journalisten zu zensurieren oder ihn für einen Bericht zu bestrafen, als ein Netzwerk mit Millionen von Nutzern zur Rechenschaft zu ziehen. Man kann sie nicht alle ruhig stellen. Und selbst wenn die Internetzensur zu einem Thema einmal greift, hat sich die Information bereits vielerorts verbreitet.

Nichtregierungsorganisationen, neue Medien, eine erstarkende Mittelschicht – Warum ist eine überregionale Revolution in China bisher ausgeblieben?

Im Westen haben wir die irrige Vorstellung, in China gebe es auf der einen Seite das Regime auf der anderen Seite die Bevölkerung, die für die Bürgerrechte kämpft. Aber Staat und Gesellschaft stehen in einer wechselseitigen Beziehung. Natürlich ist die Zentralregierung beunruhigt. Und sie reagiert – besonders in der wohlhabenden Provinz Guangdong – proaktiv. So gibt es Pilotprojekte, in denen Beamte nach ihrem Engagement im Umweltschutz bewertet werden. Dabei werden auch Exempel statuiert: Wird beispielsweise ein hoher Funktionär bei der Entgegennahme von Schmiergeldern erwischt, kann er von der Zentralregierung mit der Todesstrafe belegt werden. So erweckt sie den Anschein, etwas werde getan.

Was bringt das Chinas Bevölkerung?

Die Zentralregierung versucht, Stabilität zu wahren und orientiert sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung – unter anderem über die Medien, die ihrerseits immer mehr über Proteste und Streiks berichten. Dies wiederum hat mit dem wachsenden Unmut in der Bevölkerung zu tun und ihrer Möglichkeit, ihre Meinung zum Beispiel per Weibo kundzutun. Die lokalen Behörden, deren Entscheide schliesslich einen Einfluss auf das Wohlergehen der Menschen haben, folgen mittelfristig der Zentralregierung.

Welche Prognosen stellen Sie den Bürgerrechten in China?

Wir werden wahrscheinlich einen sehr langsamen, stetigen Wandel beobachten können. Wenn, dann gibt es in China eine friedliche Revolution. Die Partei wird sich gegenüber den verschiedenen kleinen Parteien, die es jetzt schon gibt, öffnen. Wann das geschehen wird, weiss niemand. China ist immer für eine Überraschung gut.

Mehr zum Thema ««Natürlich ist die Zentralregierung beunruhigt»»

CHINAS REGIME: Angst vor dem eigenen Volk

CHINA: Zunehmende Unrast